Universitäts- und Hansestadt Greifswald 07.03.2011
Kanzlei der Bürgerschaft

# P r o t o k o l l

## der Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Liegenschaftsausschusses am 7. März 2011 im Senatssaal

**Öffentlicher Teil**

**Beginn: 18:00 Uhr**
**Ende: 21:32 Uhr**

Ord. Mitglieder

Herr Braun
Frau Bruns
Herr Dr. Fassbinder
Frau Görs
Herr Dr. Kerath
Herr Kolbe
Herr Liskow, F.-R.
Herr Bleckmann in Vertretung für Herrn Prof. Dr. Matschke
Herr Mundt
Frau Dr. Schwenke
Herr Dr. Bartels in Vertretung für Frau Socher
Herr Voß

Verwaltung

Frau Teetz
Herr Wille
Herr Kremer
Frau Hauswald
Herr Sappelt
Herr Dr. Böttcher
Herr Maas
Herr Hochheim
Herr Dembski

Gäste

Herr Poschmann, ipc Dr. Talkenberger GmbH
Frau Haase, Presse
Herr Dr. Steffens, Geschäftsführer der Theater Vorpommern GmbH
Frau Hollatz, Theater Vorpommern GmbH
Frau Wienhold, Theater Vorpommern GmbH

**Tagesordnung:**

1. Sitzungseröffnung

2. Bestätigung der Tagesordnung

3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

4. Beschlusskontrolle

4.1. Stadtmarketing — 05/401
***SPD-Fraktion*** — **B251-12/10**

5. Diskussion von Beschlussvorlagen

5.1. Subventionsbericht — 05/464
***SPD-Fraktion***

5.2. Schulträgerschaft — 05/478
***SPD-Fraktion***

5.3. Gründung einer Energieerzeugungsgesellschaft Greifswald GmbH (EGG) durch die Stadtwerke Greifswald GmbH SWG und Abschluss eines Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages — 05/466
***Dez. I, Beteiligungsmanagement***

5.4. Finanzierung Frauenhaus Greifswald 2011 — 05/467
***Dez. III, Gleichstellungsbeauftragte***

5.5. Vereinbarung über Organisation und Ausgestaltung des Jobcenters Greifswald als gemeinsame Einrichtung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und der Agentur für Arbeit Stralsund nach § 44 b Absatz 2 SGB II i.V.m. § 2 Abs. 2 AG SGB II M-V SGB II — 05/470
***Dez. III***

5.6. Unterbringung der Jugendkunstschule in der Anklamer Straße 15/16 und Abschluss einer Vereinbarung über einen Miet- und Betriebskostenzuschuss — 05/469
***Dez. III, Amt 41***

5.7. Ergebnisse des Prüfauftrages zur Lage und den Perspektiven der Theater Vorpommern GmbH — 05/476
***Dez. III***

6. Information der Verwaltung

7. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

7.1. Auswirkungen der Kreisgebietsreform auf die Stadt und die Stadtverwaltung bezüglich aller Stellen und Aufgaben, die in die Kompetenzen des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft fallen (z. B. Amt für Wirtschaft und Finanzen, Teile des Ordnungsamtes, Teile des Immobilienverwaltungsamtes) und an den Kreis übergehen bzw. nach Vorstellung der Verwaltung wieder rückgeführt werden sollen

8. Informationen des Ausschussvorsitzenden

9. Bestätigung des Protokolls vom 17.01.2011

10. Schluss der Sitzung

*Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung*

Herr Mundt eröffnet die Sitzung mit 12 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern.

---

*Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung*

Zusätzlich zur Tagesordnung wird der Punkt 4.2 „Berichtswesen Stadthaus“ (resultiert aus der letzten Bürgerschaftssitzung) vorgeschlagen.

Des Weiteren schlägt Herr Mundt vor, den Tagesordnungspunkt 5.7 vorzuziehen.

Unter dem Tagesordnungspunkt 5.8 soll zusätzlich die Vorlage „Unterbringung Stadtarchiv“ eingeordnet werden.

Herr Fassbinder stellt aufgrund der Kurzfristigkeit der Vorlage den Antrag, über diesen Tagesordnungspunkt nur zu beraten und nicht abzustimmen.

Herr Mundt stellt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

---

Über die gesamte Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen

---

*Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner*

keine

---

*Zu TOP: 4. Beschlusskontrolle*

keine

---

*Zu TOP: 4.1. Stadtmarketing*

Kein Redebedarf

---

*Zu TOP: 4.2 Berichtswesen Stadthaus*

Dieser Tagesordnungspunkt resultiert aus der letzten Bürgerschaftssitzung, so Herr Hochheim. Zum Berichtswesen soll zukünftig in jeder Finanz- und Bauausschusssitzung beratschlagt werden.

Der Projektsteuerer von der Firma ipc Dr. Talkenberger GmbH, Herr Poschmann, stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation dar, wie ein solches Berichtswesen im Hinblick auf Kostenüberwachung, Terminüberwachung und Berichterstattung aussehen könnte.

Herr Kolbe unterbreitet den Vorschlag, zur Ausweisung der Differenz eine gesonderte Spalte einzufügen.

Frau Bruns bewertet dieses Berichtswesen positiv, es könnte als „Vorbild“ auch für andere Projekte dienen.

---

*Zu TOP: 5. Diskussion von Beschlussvorlagen*

---

*Zu TOP: 5.1. Subventionsbericht*

Zur Vorlage ergänzt Herr Dr. Kerath, dass diese anknüpft an die Vorlage aus dem Vorjahr bezgl. Behindertenforum.

Mit dem Subventionsbericht soll Klarheit und Gerechtigkeit durch

Transparenz geschaffen werden. Es soll deutlich gemacht werden, welche Vereine und Institutionen von der Stadt gefördert werden. Außerdem sind Sachleistungen (größer als 1.000 EUR) abzubilden. Dahingehend wird die Beschlussvorlage bis zur Bürgerschaftssitzung ergänzt.

Herr Wille findet den Gedanken gut, aber verweist darauf, dass es einer sehr umfangreichen Arbeit bedarf und bittet darum, den zeitlichen Fokus zu ändern (aufgrund der Einführung der Doppik und der Kreisstrukturreform). Sein Vorschlag wäre, ab 2012 im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung diesen Bericht zu liefern. Für die Jahre 2010 und 2011 verweist Herr Wille hilfsweise auf den Vorbericht (ab S. 55, Band 2). Hier ist zwar nicht der einzelne Verein aber der Zweck dargestellt.

Herr Dr. Bartels bemerkt, je mehr die Bürgerschaft an Informationen bekommt und die Dinge im Zusammenhang sehen kann, desto besser kann sie der Verwaltung Vorgaben geben und Entscheidungen treffen.

---

*Zu TOP: 5.2.* *Schulträgerschaft*

Diese Vorlage basiert aus der letzten Bürgerschaftssitzung, so Herr Dr. Kerath. Bis zum 31.03.2011 muss beim Kultusministerium der Antrag gestellt werden, die Gymnasien und die Integrierte Gesamtschule „Erwin Fischer“ in der Stadt zu behalten. Dies setzt voraus, dass die Bürgerschaft am 28.03.2011 hierzu den entsprechenden Beschluss fasst. Um die Frist zu halten, ist hier besondere Eile geboten.

Herr Dr. Bartels gibt den Hinweis, die gesetzlichen Grundlagen von Forderungen aus dem Fachministerium zu hinterfragen.

Herr Wille berichtet von der Arbeitsgruppensitzung Finanzbeteiligungen und Liegenschaften mit Vertretern der Landkreise, auf der die Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Vorlage informiert hat. Es wurde hier eindeutig von den Vertretern der Landkreise gesagt, dass sie sich nicht berufen fühlen, über solche Dinge zu sprechen, da sie von ihren Kreistagen hierzu kein Mandat haben. In der Arbeitsgruppe werden zurzeit andere Probleme gesehen. Herr Wille hält es insoweit für wichtig, dass die Fraktionen auf ihren politischen Ebenen im Landkreis für die Vorlage werben.

Herr Hochheim plädiert ebenfalls dafür, diesen Antrag zu stellen. Hinterher kann man immer noch sehen, ob dies mit dem Landkreis verhandelbar ist.

---

*Zu TOP: 5.3.* *Gründung einer Energieerzeugungsgesellschaft Greifswald GmbH (EGG) durch die Stadtwerke Greifswald GmbH SWG und Abschluss eines Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages*

In dieser Vorlage geht es darum, so Frau Teetz, die Fernwärme Greifswald GmbH aufzuspalten und die Erzeugungsanlagen in einer anderen Gesellschaft zu bündeln. Mit der Gründung der Energieerzeugungsgesellschaft soll eine gesellschaftsrechtliche Trennung (auch aus Transparenzgründen) zwischen Energieerzeugung und Fernwärmeversorgung erfolgen.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen

---

*Zu TOP: 5.4.* *Finanzierung Frauenhaus Greifswald 2011*

Vorgesehen war, mit dem Beschluss des Haushaltssicherungskonzeptes eine gerechtere Verteilung der Kosten (Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Landkreis OVP, andere Landkreise) vorzunehmen. Daraufhin wurde der Zuschuss abgesenkt. Nach Gesprächen mit der Landrätin, Frau Dr. Syrbe, der Staatssekretärin für Gleichstellungsfragen und dem Innenministerium wurde eine entsprechende „Zuschussvereinbarung zur Betreibung des Frauenhauses Greifswald“ vorbereitet.

Der Landkreistag OVP hat mit Beschluss vom 13.12.2010 zwar einer Kostenteilung für das Jahr 2011 zugestimmt, aber die Nachfolge des neuen Landkreises als Aufgabenträger des Frauenschutzhauses abgelehnt.

Tritt jetzt die Universitäts- und Hansestadt Greifswald aufgrund der nicht abgeschlossenen Vereinbarung von ihrer Zusage, 40.000 EUR bis Ende August 2011 bereitzustellen, zurück, bedeutet dies ggf. das „Aus“ für das Frauenhaus und die Rückzahlung der Fördermittel von Schwerin.

Falls die 40.000 EUR zum Ende des Jahres nicht ausreichend sein sollten, bittet Herr Dr. Bartels um rechtzeitige Information. Es muss sichergestellt sein, dass das Frauenhaus bestehen bleibt.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
3 Stimmenthaltungen

---

*Zu TOP: 5.5.* *Vereinbarung über Organisation und Ausgestaltung des Jobcenters Greifswald als gemeinsame Einrichtung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und der Agentur für Arbeit Stralsund nach § 44 b Absatz 2 SGB II i.V.m. § 2 Abs. 2 AG SGB II M-V SGB II*

Aufgrund der neuen gesetzlichen Regelung werden die bisherigen ARGEn zum 01.01.2011 in das Regelmodell der gemeinsamen

Einrichtung überführt. Die gemeinsame Einrichtung führt die Bezeichnung „Jobcenter“. Die inhaltliche Ausgestaltung der gemeinsamen Einrichtung soll die Vereinbarung regeln.

Herr Mundt lässt über die Vorlage abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

---

*Zu TOP: 5.6.* *Unterbringung der Jugendkunstschule in der Anklamer Straße 15/16 und Abschluss einer Vereinbarung über einen Miet- und Betriebskostenzuschuss*

Frau Hauswald erläutert die Vorlage. Durch gestiegene Schülerzahlen in der Kollwitzschule werden Räumlichkeiten, die zurzeit durch die Jugendkunstschule genutzt werden, für Unterrichtszwecke bzw. zur Hortnutzung benötigt. Aufgrund der Umstrukturierung der Mitarbeiter im Schülerfreizeitzentrum besteht die Möglichkeit, die Räume zum Großteil in der Anklamer Straße 15/16 zu nutzen. Die bisherigen Interessengemeinschaften und kurzfristigen Nutzer können am Standort verbleiben.

Die Vorlage kommt zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen

---

*Zu TOP: 5.7.* *Ergebnisse des Prüfauftrages zur Lage und den Perspektiven der Theater Vorpommern GmbH*

Herr Dr. Steffens erläutert den Bericht der Geschäftsführung (liegt allen Ausschussmitgliedern vor). Die wirtschaftliche Ausgangslage der Gesellschaft sieht so aus, dass nach Auslauf des Tarifvertrages Ende des Jahres 2011 ab 2012 ohne Haustarifvertrag ein Defizit in Höhe von ca. 800.000 EUR entsteht.

Es wird die prognostische Entwicklung der Gesellschaft

- ohne Maßnahmen
- Spartenschließungen
- Spartenreduzierungen und
- Spartenreduzierungen ohne Haustarifvertrag

dargestellt. Des Weiteren wird ein Vorschlag der Geschäftsführung über „flankierende Maßnahmen“ bei Fortbestehen der Selbstständigkeit der Theater Vorpommern GmbH unterbreitet und mögliche Kooperationen mit anderen Theatern aufgezeigt. Untersucht wurden zu erwartende Auswirkungen der Kreisgebietsreform und eine evt.

Betreibung der Stadthalle. Auch wurde eine Herauslösung des Theaters Putbus aus der Theater Vorpommern GmbH und Fortführung als eigenständige Struktur in Verantwortung des Landkreises Rügen oder einer zu findenden neuen Trägerschaft geprüft.

Herr Dr. Bartels kritisiert, dass die Beschlussvorlage dem Prüfauftrag nicht gerecht wird. Es wurde mit dem Prüfauftrag gefordert, ein künstlerisches Konzept vorzulegen. Daher sollte die Vorlage an die Verwaltung zurückverwiesen werden.

Herr Dr. Fassbinder kritisiert, dass außer Einsparpotenziale beim Personal keine weiteren Möglichkeiten aufgezeigt wurden, wie z. B. im Bereich Mieten, Fuhrpark, Immobilien, Werkstätten und dergleichen. Er fragt an, ob auch die Möglichkeit einer Auslagerung der Öffentlichkeitsarbeit geprüft wurde.

Eine Auslagerung der Öffentlichkeitsarbeit wäre möglich, so Herr Dr. Steffens, aber gerade dort arbeiten wenig Mitarbeiter, und seiner Meinung nach wäre es gut, wenn man gerade in die Öffentlichkeitsarbeit mehr investieren könnte, um die Häuser präsenter zu machen.

Berechnungen in den anderen Bereichen können erst detailliert durchgeführt werden, wenn man konkret sagen kann, in welche Richtungen Spartenschließungen in welchen Größenordnungen vorgenommen werden sollen. Herr Dr. Steffens möchte nicht unerwähnt lassen, dass bereits in den letzten Jahren erhebliche Sachkostenreduzierungen in verschiedenen Bereichen erfolgten, da durch den Tarifvertrag auf Personalkostenebene keine Reduzierungen möglich waren. Selbst Theaterwohnungen (in HGW und HST) sowie der Standort Falladastraße wurden aufgegeben, so Herr Dr. Steffens.

Herr Hochheim ergänzt, dass Einsparpotenziale nur noch die Betriebskosten umfassen könnten, die Sachkostenebene ist ausgeschöpft.

Prognosen, wie es nach 2017 aussehen wird, können zum jetzigen Zeitpunkt nicht gegeben werden.

Herr Kolbe hinterfragt, ob auch Möglichkeiten der Einnahmesituation geprüft wurden. Herr Dr. Steffens betont, dass leichte Preissteigerungen erfolgten, aber gibt auch zu bedenken, dass die Breite des Publikums in der Region eine kräftige Preiserhöhung nicht tolerieren würde.

Herr Dr. Steffens gibt zu bedenken, dass der Haushalt 2011 zwar ausgeglichen ist, aber nichts Unvorhergesehenes passieren darf (Krankheit der Schauspieler u. ä.). Im Jahr 2012 ist mit erheblichen Verlusten zu rechnen, wenn nicht im Vorfeld Maßnahmen ergriffen

werden. Durch den geltenden Haustarifvertrag können frühestens Mitte 2011 Maßnahmen eingeleitet, die frühestens ab Mitte 2012 wirksam werden. Wenn keine Kombination aus Haustarifvertrag und Zugeständnissen der Mitarbeiter und Gewerkschaften erzielt wird, dann blieben für einen ausgeglichenen Haushalt in 2012 nur die Kündigungen. Da die aber erst ab Mitte 2012 greifen würden, ist das finanzielle Problem für 2012 noch nicht beseitigt. Deshalb plädiert Herr Dr. Steffens für die Varianten 7 und 10, weil diese so einschneidend sind, dass eine längerfristige Sicherung gewährleistet wäre.

Herr Mundt lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
3 Gegenstimmen
1 Stimmenhaltung

---

*Zu TOP: 8. Weiteres Verfahren – Unterbringung Stadtarchiv*

Aufgrund des Bürgerschaftsbeschlusses vom Juli letzten Jahres hat die Verwaltung verschiedene Standortvorschläge geprüft, so Herr Hochheim. Verschiedene vorhandene Gebäude wurden untersucht und bewertet, allerdings aus den verschiedensten Gründen auch wieder verworfen. Letztlich ist man zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Neubau mit optionaler Erweiterungskapazität die günstigste Variante ist. Es wurde nach möglichen Standorten im Sanierungsgebiet gesucht, um Städtebaufördermittel einzusetzen, um dadurch den städtischen Eigenanteil zu reduzieren.

Folgende Standorte kommen in Betracht:

a) ehemalige Freiwillige Feuerwehr in der Baderstraße
b) A-8-Quartier am Hansering
c) auf dem Grundstück Flur 45, Flurstück 25/23 der Gemarkung Greifswald, An den Wurthen.

Favorisiert wird der Standort der ehemaligen Freiwilligen Feuerwehr.

Zu den Kosten können derzeitig noch keine Aussagen getroffen werden. Aus diesem Grund bittet Herr Hochheim die Ausschussmitglieder, bis zur Bürgerschaftssitzung eine abschließende Meinung zu bilden und einen Standort zu bestimmen, um dann die Vorplanung zu beauftragen. Denkbar wäre es auch, die Vorplanungen für zwei Standorte vornehmen zu lassen. Die Vorplanungskosten pro Standort betragen ca. 37.500 EUR.

Frau Bruns fragt nach, ob man für zwei Vorplanungen zwei Mal die volle Summe bezahlen muss. Herr Kremer meint, dass es Verhandlungssache sein wird, und verspricht eine Überprüfung.

Nach Diskussion ist man sich einig, dass bis zur Bürgerschaftssitzung eine Entscheidung über die Standortwahl getroffen wird. Gleichfalls bittet Herr Dr. Kerath darum, dass die Stadt bis dahin den finanziellen Rahmen grob definiert.

Herr Hochheim bittet darum, über die Vorlage im Grundsatz (ohne Auswahl des Standortes) abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

---

*Zu TOP: 6. Information der Verwaltung*

Herr Wille informiert, dass die Haushaltssatzung 2011 durch das Innenministerium genehmigt wurde und ab dem 25.02.2011 rechtskräftig ist. Es gab keine einschränkenden Auflagen, dadurch ist die Stadt vollumfänglich handlungsfähig.

Des Weiteren informiert Herr Wille über den Stand des Jahresabschlusses. Die Haushaltssperren haben gewirkt, die Zielvorgaben wurden erreicht. Das Jahr 2010 wurde im Verwaltungshaushalt mit einem Fehlbetrag von 1,5 Mio. EUR abgeschlossen, Zielvorgabe des Innenministeriums waren 2,8 Mio. EUR. In den 1,5 Mio. EUR steckt eine Zuführung aus dem Vermögenshaushalt in Höhe von 945 TEUR. 1,3 Mio. EUR Fehlbetrag konnten so abgebaut werden. Der „reine“ Jahresüberschuss aus dem Verwaltungshaushalt beträgt ca. 400 TEUR.

Große Abweichungen gab es bei der Gewerbesteuer. Hier wurden 2,57 Mio. EUR weniger eingenommen, als geplant. An anderen Stellen kam es zu Mehreinnahmen, z. B. bei der Einkommenssteuer in Höhe von 1,2 Mio. EUR, Gewinnausschüttung WVG 900 TEUR, Gewinnausschüttung SWG 98 TEUR. Weiterhin sind Minderausgaben bei den Aufwendungen für Investitionskredite (Zins und Tilgung) von insgesamt 470 TEUR und bei Kosten für Unterkunft und Heizung 970 TEUR (durch Rückgang der Fallzahlen), bei den Personalausgaben 1,6 Mio. EUR (Tarifabschuss, unbesetzte Planstellen) zu verzeichnen.

Im Vermögenshaushalt steht der Abschluss trotz der Zuführung an den Verwaltungshaushalt in Höhe von 426 TEUR zu Buche. Dieser Überschuss wurde der allgemeinen Rücklage (Bestand jetzt 939 TEUR) zugeführt.

Herr Hochheim informiert, dass er als Generalansprechpartner für das Stadthaus fungiert (wurde so in der Bürgerschaftssitzung am 21.02.2011 gewünscht) und in regelmäßigen Abständen berichten wird. Die Baugenehmigung für das Vorhaben Postgebäude wird derzeitig

abschließend bearbeitet. Mit zwei Nachbarn werden Verhandlungen bzgl. Zustimmung zu einzutragenden Baulasten geführt. Falls diese Zustimmung nicht erteilt werden kann, muss ggf. eine Umplanung erfolgen, was mit dem Verlust einiger Arbeitsplätze verbunden wäre. Gegenwärtig werden Angebote zur Projektsteuerung eingeholt und Vergabegespräche geführt. Eine EU-weite Ausschreibung ist nicht erforderlich. Für die noch zu beauftragende Planungsleistung ist diese hingegen notwendig. Ende März wird hier mit einer Beauftragung gerechnet. Vom Rechtsanwalt der Eigentümer Grundstück Fleischerstraße liegt grundsätzlich eine positive Antwort vor, so dass ein Ankauf für die Stadt möglich wird und ein Anbau realisiert werden kann. Zu den Schadenersatzansprüchen und den Schadenminderungsansprüchen wird es am 10.03.2011 in der Rechtsabteilung mit dem von der Stadt beauftragten Rechtsanwalt ein Gespräch zum weiteren Verfahren geben. Umfassende Informationen zum Stand der Ansprüche werden in der nächsten Finanzausschusssitzung im nicht öffentlichen Teil gegeben.

Des Weiteren gibt Herr Hochheim bekannt, dass seit dem 13.12.2010 wegen technischer Funktionsstörungen nach einer TÜV-Überprüfung die Polleranlage an der Wiecker Brücke außer Betrieb ist. Dadurch sind auch Einnahmeausfälle zu verzeichnen. Diese Polleranlage war 20 Jahre in Betrieb, und bereits mehre Aufwendungen waren bisher nötig, um sie funktionsfähig zu halten. An einem Erneuerungskonzept wird gearbeitet, geplante Mittel stehen allerdings nicht zur Verfügung.

Anhand einer Powerpoint-Präsentation geben Herr Kremer und Herr Dr. Böttcher Informationen zur Einführung der Doppik zum Teilprojekt Bilanz (wird als Anlage dem Protokoll beigefügt). Es werden die Bilanzierungs- und Bewertungsrichtlinie sowie das Bewertungsschema für Grund- und Boden und Gebäude dargestellt.

Um 20:35 Uhr verlässt Herr Dr. Bartels die Sitzung.

Frau Teetz gibt zu den Beteiligungen bekannt, dass bezgl. TZV der Anteilskauf von Siemens vollzogen ist. Bezüglich der ABS informiert Frau Teetz, dass die Handelsregistereintragung zum ABS-Beirat erfolgt ist.

---

*Zu TOP: 7. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder*

Bezüglich einer Frage der SPD zum Leasing von Fahrzeugen hat eine Prüfung stattgefunden, so Herr Wille. Ergebnis ist, dass es keine steuerlichen Vorteile gibt. Letztes Jahr wurden für die Fahrzeuge des Bauhofes Zinssätze in Höhe von 5 % angeboten (lagen 2 % höher als die Zinsen, die die Stadt als Kommunalkredit aufnehmen würde). Vorteil wäre lediglich, dass Leasing nicht im Vermögenshaushalt sondern im

Verwaltungshaushalt dargestellt werden würde.

Herr Dr. Bittner fragt nach, wann die Hafengebührensatzung vorgestellt wird.

---

*Zu TOP: 7.1.* *Auswirkungen der Kreisgebietsreform auf die Stadt und die Stadtverwaltung bezüglich aller Stellen und Aufgaben, die in die Kompetenzen des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft fallen (z.B. Amt für Wirtschaft und Finanzen, Teile des Ordnungsamtes, Teile des Immobilienverwaltungsamtes) und an den Kreis übergehen bzw. nach Vorstellung der Verwaltung wieder rückgeführt werden sollen*

Die Informationen, die Herr Wille gibt, werden dem Protokoll beigefügt.

---

*Zu TOP: 8.* *Informationen des Ausschussvorsitzenden*

Über Herrn Mundt lässt Herr Prof. Matschke mitteilen, dass eine Einladung zum 20. Bestehen „Aktion Sonnenschein“ für den 26.05.2011 vorliegt.

---

*Zu TOP: 9.* *Bestätigung des Protokolls vom 17.01.2011*

Es gibt keine Anmerkungen oder Änderungen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

---

*Zu TOP: 10.* *Schluss der Sitzung*

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 21:32 Uhr beendet.

---

Thomas Mundt — Birgit Rosolski

Stellv. Ausschussvorsitzender — für das Protokoll